

University of Groningen

De macht van de telastelegging in het strafproces

Jong, Dirk Herman de

IMPORTANT NOTE: You are advised to consult the publisher's version (publisher's PDF) if you wish to cite from it. Please check the document version below.

Document Version

Publisher's PDF, also known as Version of record

Publication date:

1981

[Link to publication in University of Groningen/UMCG research database](#)

Citation for published version (APA):

Jong, D. H. D. (1981). *De macht van de telastelegging in het strafproces*. s.n.

Copyright

Other than for strictly personal use, it is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

The publication may also be distributed here under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license. More information can be found on the University of Groningen website: <https://www.rug.nl/library/open-access/self-archiving-pure/taverne-amendment>.

Take-down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us providing details, and we will remove access to the work immediately and investigate your claim.

Downloaded from the University of Groningen/UMCG research database (Pure): <http://www.rug.nl/research/portal>. For technical reasons the number of authors shown on this cover page is limited to 10 maximum.

Zusammenfassung

Ein wichtiges Merkmal des holländischen Strafprozessrechts ist, dass der Richter während der Hauptverhandlung im Prinzip streng an den Wortlaut der von der Staatsanwaltschaft aufgesetzten Anklageschrift gebunden ist. Diese dominante Funktion der Anklageschrift stützt sich erstens auf die 'Gewaltenteilung' zwischen Staatsanwalt und Richter (das Opportunitätsprinzip), zweitens auf essentielle Rechte des Angeklagten – das Recht, spätestens zu Anfang der Hauptverhandlung über die endgültige Anklage unterrichtet zu werden und das Recht auf Aburteilung innerhalb einer angemessenen Frist – und drittens auf den Umstand, dass die dem Richter durch die Anklageschrift auferlegten Beschränkungen den zweckmässigen Verlauf der Hauptverhandlung in hohem Masse fördern. Die Gefahr, die ein solches System in sich birgt, ist jedoch seine Starrheit. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben sowohl der Gesetzgeber wie auch der Richter innerhalb dieses Systems einige Korrekturmechanismen entwickelt.

Die vom Gesetzgeber getroffenen Massnahmen haben vor allem einige beschränkte Möglichkeiten geschaffen, die Anklageschrift noch während der Hauptverhandlung abzuändern.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit ist das Ordnen veröffentlichter Entscheidungen, die sich auf die verschiedenen Aspekte des Systems und die in der Rechtsprechung entwickelten korrigierenden Massnahmen beziehen.

Im System der Gebundenheit an den Wortlaut der Anklageschrift ist die Interpretation der Anklage durch den Richter von entscheidender Bedeutung und kann dadurch zu einem wichtigen Korrektionsinstrument werden. Das zeigt sich am deutlichsten bei ungenau formulierten Anklageschriften, die bei einer strikt wörtlichen Auslegung in vielen Fällen nicht zu einer Verurteilung führen, bei einer Interpretation im Sinne der Staatsanwaltschaft jedoch wohl.

Die Gebundenheit des Richters an die Anklageschrift ist von grosser Bedeutung für die formellrechtliche Beurteilung der Zuständigkeit des Gerichts und der Zulässigkeit der Strafverfolgung der angeklagten Tat durch die Staatsanwaltschaft. Der Richter muss jedesmal prüfen, ob er für *die angeklagte Tat* zuständig ist und ob die Strafverfolgung *der angeklagten Tat* durch die Staatsanwaltschaft zulässig ist, auch wenn sich herausstellen würde oder die Vermutung bestände, dass der Angeklagte in Wirklichkeit (auch) eine andere Tat begangen oder (auch) ein anderes Strafgesetz verletzt hat, für das andere Regeln in Hinsicht auf die richterliche Zuständigkeit oder die Zulässigkeit der Strafverfolgung gelten. Von dieser Regel darf nur dann abgewichen werden, wenn eine Abgrenzung des ordentlichen holländischen Strafverfahrensrechts von besonderen holländischen Strafrechtssystemen (z.B. dem Militärstrafrecht) oder von ausländischen Rechtssystemen erforderlich ist; dann basiert der Richter sich bei der Prüfung der Zuständigkeit und Zulässigkeit auf das in Wirklichkeit Vorgefallene, falls

der wirkliche Tathergang von der in der Anklageschrift niedergelegten Umschreibung abweicht.

Bei der ersten materiellrechtlichen Entscheidung, nämlich der über den Beweis, erhebt sich in der Praxis regelmässig die Frage, welche Konsequenzen entstehen, wenn ein Bestandteil der Anklage nicht bewiesen werden kann: Muss dies zu einem völligen Freispruch führen oder kann der Richter mit dem übrigen beweisbaren Teil der Anklage eine Verurteilung herbeiführen? In den Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs der Niederlande finden sich einige Kriterien, die dem Richter bei der Beantwortung dieser Frage Anhaltspunkte verschaffen. Diese Kriterien stimmen darin überein, dass die Tatsache, dass ein bestimmter Bestandteil der Anklage nicht bewiesen werden kann, nur dann zu einem völligen Freispruch führen darf, wenn der beweisbare Teil im Verhältnis zur gesamten Anklage entweder in der strafrechtlichen Qualifikation abweicht oder einen umfassenderen bzw. anderen Tatbestand darstellt.

Auch bei der Entscheidung über die Qualifikation bleibt dem Richter ein gewisser Spielraum. Dieser Spielraum wird besonders in den Fällen sichtbar, in denen der Staatsanwalt von einer 'lex generalis' ausgeht, während der wirkliche Hergang den Tatbestand einer 'lex specialis' erfüllt. Hier zeigt sich, dass die Bedeutung der materiellrechtlichen Regel, dass eine lex specialis eine lex generalis ausschaltet, im niederländischen Recht nicht völlig verständlich wird, wenn man dabei nicht bestimmte zentrale Prinzipien des Verfahrensrechts – nämlich die fixierende Wirkung der Anklage und die Rolle des Opportunitätsprinzips – berücksichtigt.

Art. 1 Abs. 2 des holländischen Strafgesetzbuchs bestimmt, dass bei einer Gesetzesänderung nach dem Zeitpunkt der Tat die für den Täter günstigsten Bestimmungen angewendet werden müssen. Die Regel hat in der juristischen Praxis zu Komplikationen geführt, weil die im alten Gesetz enthaltenen und in der Anklage niedergelegten Tatbestandsmerkmale nicht mit denen des inzwischen in Kraft getretenen Gesetzes übereinstimmen. Die Annahme, dass diese Komplikationen nur dann vermieden werden können, wenn man in diesem Punkt die Gebundenheit des Richters an die Anklageschrift fallen lässt, ist unbegründet.

Das System der Gebundenheit an die Anklage sollte auch bei der Entscheidung über die Qualifikation mit sich bringen, dass der Richter nicht nur an den in der Anklage niedergelegten konkreten Tatbestand, sondern auch an die im Klagesatz aufgeführten anzuwendenden Strafvorschriften gebunden ist.

Bei der Strafzumessung kann der Richter, nur gebunden an die für die angeklagte Tat gesetzlich festgelegte Höchststrafe, alle Faktoren, die sich auf die Tat oder auf die Person des Angeklagten beziehen, berücksichtigen. Er kann also, wenn er will, etwaige Ungenauigkeiten, die in bereits erfolgten materiell- oder formellrechtlichen Teilentscheidungen zu 'Störungen' geführt haben, grössenteils oder sogar gänzlich kompensieren.

Kombinierte Anklageschriften – dies sind Anklagen, die mehrere Tatbestände umfassen – bringen innerhalb des hier behandelten Systems spezifische Komplikationen mit sich. Vor allem die implizit kumulativen Anklagen können den Richter mit grossen Problemen konfrontieren. Diese Schwierigkeiten erge-

ben sich au
de *nebenei*
seits so m
Ganzheit b
formen au
gängigen, i
anwaltscha

Neben k
Straftat zu
auch ein T
waltschaft

1. Januar o

Derartige
und gelten

Alternative

Alternative

führen. Vie

lichkeit kei

der Anklage

kommt noc

lichkeiten e

der Notwen

als Alternat

ungefähr zu

des Tatbest

fenden Aus

entscheiden

In höhere

Ursachen da

höhere Inst

denheit an

Kassationsv

schränkt we

– In der Au

schen Str

Freisprüc

Strafsach

– Artikel 4

einen bes

– Der Ober

mittel zu

o Wenn

Oberst

tion a

schrän

instanz

ben sich aus der Tatsache, dass die Anklageschrift einerseits mehrere Tatbestände *nebeneinander* enthält, die konkreten Tatbestandsmerkmale jedoch andererseits so mit einander verflochten sind, dass sie eine eng zusammenhängende Ganzheit bilden, die sich nicht oder nur schwer entwirren lässt. Diese Mischformen aus nur einen einfachen Tatbestand enthaltenden Anklagen und den gängigen, in mehrere Teile zerlegbaren kumulativen Anklagen sollte die Staatsanwaltschaft deshalb soweit wie möglich vermeiden.

Neben kombinierten Anklagen kommen auch viele 'einfache' – also auf *eine* Straftat zugeschnittene – Anklagen vor, die so flexibel formuliert sind, dass auch ein Tathergang, der anders verlaufen ist als ursprünglich von der Staatsanwaltschaft angenommen wurde, noch unter die Umschreibung fällt, (z.B. 'Am 1. Januar oder im Januar, auf jeden Fall aber in der ersten Jahreshälfte').

Derartige Formulierungen werden gewöhnlich als 'Alternativen' bezeichnet und gelten als kombinierte Bestandteile der Anklage. Dabei werden relevante Alternativen – zwischen denen der Richter wählen muss – und nicht relevante Alternativen unterschieden. Diese Terminologie kann zu Missverständnissen führen. Viele Formulierungen mit 'oder' und derartigen Wörtern lassen in Wirklichkeit keine Wahl zu und können deshalb nicht als kombinierte Bestandteile der Anklage betrachtet werden (z.B. der Ausdruck 'mehr oder weniger'). Dazu kommt noch, dass eine Reihe von Formulierungen, in denen verschiedene Möglichkeiten enthalten sind, je nach dem Kontext der Anklage und abhängig von der Notwendigkeit, eine Wahl zu treffen, *entweder* als sprachliche Einheit *oder* als Alternative aufgefasst werden können (z.B. der Ausdruck 'am 1. Januar oder ungefähr zu dieser Zeit'). Nur wenn die Wahl für die strafrechtliche Beurteilung des Tatbestandes von wesentlicher Bedeutung ist, *muss* der Richter den betreffenden Ausdruck als einen kombinierten Teil der Anklage auffassen und sich entscheiden.

In höherer Instanz, namentlich im Kassationsverfahren, können verschiedene Ursachen dazu führen, dass nur ein Teil der Anklage der Beurteilung durch die höhere Instanz unterworfen ist. In solchen Fällen kann das System der Gebundenheit an die Anklageschrift zu problematischen Konsequenzen führen. Das Kassationsverfahren kann in folgender Weise auf einen Teil der Anklage beschränkt werden:

- In der Auffassung des Obersten Gerichtshofs entzieht Art. 430 des holländischen Strafgesetzbuchs nicht nur völlige Freisprüche, sondern auch teilweise Freisprüche dem Urteil des Kassationsgerichts und des Gerichts, an das die Strafsache verwiesen wird.
- Artikel 429 enthält die allgemeine Vorschrift, dass die Kassation sich auf einen bestimmten Teil des Urteils beschränken kann.
- Der Oberste Gerichtshof neigt in hohem Masse dazu, das angewendete Rechtsmittel *zugunsten des Angeklagten* beschränkt auszulegen:
 - Wenn der Angeklagte unbeschränkt Kassation eingelegt hat, schützt der Oberste Gerichtshof ihn im allgemeinen, indem er den Umfang der Kassation auf den verurteilenden Teil der angefochtenen Entscheidung beschränkt, so dass Teilfreisprüche nicht der Prüfung durch die Kassationsinstanz unterliegen.

- ° In den meisten Fällen, vor allem bei kombinierten Anklageschriften, erklärt der Oberste Gerichtshof die uneingeschränkte Kassation seitens der Staatsanwaltschaft nur für die Teile der Anklage für zulässig, auf die die von der Staatsanwaltschaft formulierten Kassationsgründe sich beziehen.
- ° Ferner kann man feststellen, dass der Oberste Gerichtshof dazu neigt, in den Fällen, in denen nur die Staatsanwaltschaft Kassation eingelegt hat, nicht von den von der Staatsanwaltschaft formulierten Kassationsgründen abzuweichen, wenn sich das nachteilig für den Angeklagten auswirken würde.

Diesen den Angeklagten im Kassationsverfahren schützenden Massnahmen des Obersten Gerichtshofs liegt wahrscheinlich eine Auffassung zugrunde, die sich ungefähr so wiedergeben lässt:

Wenn das Urteil für den Angeklagten in der höchsten Tatsacheninstanz günstig ausgefallen ist, sollte das Risiko, dass das Kassationsverfahren nachträglich eine für ihn ungünstige Wendung nimmt, stark beschränkt werden.

Gebru

AA
 aant.
 A-G
 ALM
 AM
 APB
 APV
 art(t).
 Be
 Bijl. Hndl.
 Bijl. Hndl.
 BRvC
 BVAR
 BW
 CB
 Code d'Ins
 DD
 diss.
 E
 GEM
 Hndl. E.K.
 Hndl. Tw.k
 HR
 jis
 jo
 Ktr.
 m.o.
 MRW
 MvA
 MvT
 NJ
 NJB
 NJV
 OM
 ORO

 OvJ
 p.
 P-G
 Pol.r.